



Nr.3

29. Januar 2015

Inhalt

[dbb im Gespräch mit Fraktionsspitze der Linken:](#)

[Tarifautonomie darf nicht geopfert werden](#) +++

[Existenzminimumbericht – dbb drängt auf rasche Umsetzung der steuerlichen Entlastungen](#) +++

[Schluss mit „Zumutungen“ für öffentlichen Dienst -](#)

[dbb-Spitze formuliert Agenda für 2015](#) +++

[dbb lehnt CSU-Vorstoß zur Einschränkung des Streikrechts ab](#) +++

[Sozial- und Erziehungsdienst: „Wertschätzungstage“ fortgesetzt](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW schlägt parlamentarischen Ausschuss für öffentlichen Dienst vor](#) +++

[dbb m-v kritisiert beschlossenes Rettungsdienstgesetz](#) +++

[SBB zu Sondierungsgespräch beim sächsischen Justizminister](#) +++

[DSTG intensiviert Kontakt mit Sachsens Finanzminister](#) +++

[Zollgewerkschaft erwartet von Merkel klares Bekenntnis zum Mindestlohngesetz](#) +++

[GdS im Meinungsaustausch mit Sachsen-Anhalts](#)

[Sozialminister Bischoff](#) +++

[70 Jahre nach dem Holocaust: Demokratie leben und damit schützen](#) +++

[DPVKOM: Pläne der Deutschen Post unsozial und schäbig](#) +++

[Holzvermarktung – BDF sieht Bedrohung durch Bundeskartellamt](#) +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb im Gespräch mit Fraktionsspitze der Linken: Tarifautonomie darf nicht geopfert werden

(dbb) Eine gesetzlich verordnete Zwangstarifeinheit darf es in Deutschland nicht geben. Das hat der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, bekräftigt. Vor einem Treffen von Spitzenvertretern des gewerkschaftlichen Dachverbandes mit der Spitze der Bundestagsfraktion Die Linke unter Führung von Gregor Gysi am 28. Januar 2015 in Berlin sagte Russ: „Inzwischen müsste doch auch der Letzte in der Bundesregierung merken, dass dieser Gesetzentwurf ein Rohrkrepierer wird.“

Der dbb werde es nie zulassen, „dass die von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes geschaffene Tarifautonomie den Profitinteressen der Wirtschaft geopfert wird“, so Russ weiter. „Warum fragt nicht einer mal nach den wirklichen Ursachen der Entsolidarisierung in den Betrieben? Es sind die Arbeitgeber, die mit dem Filetieren von Unternehmensteilen, mit Lohndumping, Werkverträgen und Outsourcing dem Flächentarif und dem Betriebsfrieden einen Bärendienst erweisen.“

An dem Gespräch zum Thema Tarifeinheit nahm von Seiten des dbb auch der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans-Ulrich Benra teil, von der Linken neben Fraktionschef Gregor Gysi der innenpolitische Sprecher und Stellvertretende Vorsitzende des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, Frank Tempel, sowie das Mitglied des Bundestages Jutta Krellmann. (01/03/15)

Existenzminimumbericht – dbb drängt auf rasche Umsetzung der steuerlichen Entlastungen

(dbb) Das Bundeskabinett hat am 28. Januar 2015 den Existenzminimumbericht gebilligt. Dieser gibt vor, in welchem Umfang der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag aus verfassungsrechtlichen Gründen angehoben werden müssten. Über die Höhe soll die Bundesregierung bis Ende März dieses Jahres entscheiden.

Der dbb beamtenbund und tarifunion begrüßte die Berechnungen. „Jetzt geht es darum, die notwendigen Anpassungen rasch zu beschließen und vor allem gesetzgeberisch umzusetzen, weil die Steuerzahler hierauf einen Anspruch haben“, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, der auch Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft ist. „Hier sehen wir die sowohl die große Koalition als auch die Länder im Bundesrat in der Pflicht.“

Nach dem Existenzminimumbericht müsste der sogenannte Grundfreibetrag für Ledige im

laufenden Jahr um 118 Euro auf 8.472 Euro erhöht werden. Im Jahr 2016 sei eine weitere Anhebung um 180 Euro auf 8.652 Euro geboten. Der Freibetrag für Kinder müsste um 144 Euro auf 4.512 Euro (2015) und um weitere 180 Euro auf 4.608 Euro (2016) angehoben werden.

Vor allem die leichte steuerliche Entlastung für Familien sei überfällig gewesen, so Eigenthaler weiter. „Denn der Kinderfreibetrag war eigentlich schon seit 2014 zu niedrig, wie die Bundesregierung selbst eingeräumt hat.“ (02/03/15)

Schluss mit „Zumutungen“ für öffentlichen Dienst - dbb-Spitze formuliert Agenda für 2015

(dbb) Die dbb-Spitze wird sich für eine Rückkehr zur bundesweiten Einheitlichkeit von Beamtenbesoldung und -versorgung einsetzen. Auch die seit Jahren getrennten Tarifverhandlungen für die Arbeitnehmer von Bund und Kommunen einerseits und der Länder andererseits sollten wieder zusammengeführt werden. Das sagten der dbb Bundesvorsit-

zende Klaus Dauderstädt, Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik und Hans-Ulrich Benra, stellvertretender Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik, im Interview mit dem dbb magazin (Ausgabe 1/2-2015).

In Deutschland sei seit der Föderalismusreform 2006 „ein beamtenrechtlicher Flickenteppich entstanden. 16 Bundesländer und der Bund kochen jeweils ihr eigenes Süppchen. Mit der Folge, dass besonders die Besoldung immer weiter auseinander driftet“, kritisierte dbb Chef Dauderstädt. Das führe zu viel Frust bei den Beschäftigten. „Was beispielsweise die Landesregierungen von NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg in der letzten Einkommensrunde veranstaltet haben – zeitlich verzögerte Übertragung, nach Gehaltsstufen gestaffelte Übertragung, über Jahre gedeckelte Besoldungserhöhungen oder gleich Nullrunden –, ist eine unverschämte Zumutung“, ergänzte dbb Beamten-Vorstand Hans-Ulrich Benra. Mit Blick auf die Chancen einer Rückkehr zum bundeseinheitlichen Beamtenrecht sagte dbb Chef Dauderstädt: „Das ist ein sehr dickes Brett, das da zu bohren ist. Immerhin ist dafür eine Verfassungsänderung notwendig, Teile der Föderalismusreformen müssten rückgängig gemacht werden. Aber im Bildungsbereich hatte die Politik ein Einsehen und hat das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern – auch ein Teil der Föderalismusreform – wieder aufgehoben. Wir werden nicht müde, das auch im Beamtenrecht als Option auf den Tisch zu legen.“

Auch im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes seien es die Arbeitgeber, die aktuell nach einer Zwangstarifeinheit riefen, die selbst für eine Zerstückelung von Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen sorgten, betonten die dbb-Spitzenvertreter. „Was wir ‚Einkommensverhandlung für die Länder‘ nennen, gilt ja auch nicht für alle Länder. Hessen ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft. Berlin war es ebenfalls lange nicht, ist aber nun dabei, in den Schoß der Familie zurückzukommen. Das sind weitere Beispiele für eine vom Arbeitgeber verursachte Zerstückelung der Tariflandschaft. Und wir dürfen die Scherben aufkehren. In dieser ‚Länder-Runde‘ geht es unter anderem darum, dass die Einkommensunterschiede im öffentlichen Dienst nicht weiter wachsen. Und die Länder haben gegenüber Bund und Kommunen bereits einen Rückstand aufgebaut. Das kann so nicht weitergehen“, machte dbb Tarifvorstand Willi Russ deutlich.

Für die anstehende Länder-Einkommensrunde unterstrich er noch einmal die Maßgabe: „Die Haushalte können nicht allein auf dem Rücken der Beschäftigten saniert werden. Die haben einen Anspruch auf Teilhabe an der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Denn ohne einen funktionierenden öffentlichen Dienst wäre diese wirtschaftliche Entwicklung gar nicht möglich.“ Zudem müssten die Einkommen im öffentlichen Dienst konkurrenzfähig sein, damit die Zahl und Qualität der Bewerber nicht abnehme. „Abertausende fehlende oder unbesetzte Stellen. Und das angesichts der Tatsache, dass 25 Prozent der Beschäftigten schon heute älter als 55 Jahre sind und bald ausscheiden. Woher sollen die Leute denn kommen? Qualität und Umfang der staatlichen Leistungen werden schrumpfen, wenn wir nicht gegensteuern“, so Russ.

In Sachen Übertragung der so genannten „Mütterrente“ auf den Beamtenbereich kündigte dbb Beamten-Vorstand Hans-Ulrich Benra an, dass der dbb die bessere Würdigung der Leistungen von Eltern bei der Erziehung weiterhin einfordern werde. „Wenn wir die Beamtenversorgung als eigenes System stärken wollen, brauchen wir nicht die altbewährte systemkonforme wirkungsgleiche Übertragung der Verbesserungen in der Rente auf die Beamtenversorgung. Sondern wir müssen in diesem Punkt ganz weg von der dynamischen Verweisung aus dem Rentenrecht und hin zu einer eigenständigen beamtenrechtlichen Lösung. Und weil Beamte ebenso gute Leistungen bei der Kindererziehung erbringen, sollten diese auch ebenso gut bei ihrer Versorgung berücksichtigt werden. Die Ankündigung des Bundesinnenministers, das zu prüfen, begrüße ich ausdrücklich.“

Auch über das Staatsverständnis an sich will der dbb in Zukunft mehr sprechen: Der öffentliche Dienst müsse so ausgestaltet sein, dass er von den Bürgern als Partner und nicht wie heute oft als Gegner wahrgenommen werde. „Dafür brauchen wir endlich eine Verständigung darüber, welchen öffentlichen Dienst unsere Gesellschaft will. Welche Leistungen brauchen wir? Und sind wir bereit, das auch zu bezahlen?“, sagte dbb Chef Dauderstädt. „Wir haben in der Vergangenheit so manche bittere Pille geschluckt, weil wir davon überzeugt wa-

ren, dass der öffentliche Dienst nicht außen vor bleiben kann, wenn die Gesellschaft insgesamt Opfer bringen muss. Aber zuletzt ist bei uns das Gefühl entstanden, dass etwas aus

dem Lot geraten ist. Da muss es wieder mehr Verständigung geben, da muss die Politik sich noch mehr und noch besser erklären.“
(03/03/15)

dbb lehnt CSU-Vorstoß zur Einschränkung des Streikrechts ab

(dbb) Als „weiteren Angriff auf die Tarifautonomie“ hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt den Vorstoß der CSU zum Streikrecht kritisiert, den die Partei nach ihrer Vorstandssitzung am 26. Januar 2015 in München vorgestellt hat. Demnach soll es vor Streiks bei der Bahn und in anderen öffentlichen Bereichen künftig zwingend ein Schlichtungsverfahren geben.

Zudem will die CSU gesetzlich festschreiben, dass Streiks in solchen Bereichen mindestens vier Werktage vorher bekannt gegeben werden müssen. CSU-Chef Horst Seehofer kündigte an, das Konzept nun „in die Berliner Gesetzgebung einspeisen“ zu wollen.

„Wir lehnen jegliche Einmischung des Gesetzgebers in das Grundrecht der Tarifautonomie kategorisch ab. Das gilt für die im Gesetzentwurf vorliegenden Tarifeinheitspläne der Bundesregierung ebenso wie für die jüngsten Vorschläge aus Bayern“, machte dbb Chef Dauderstädt am 27. Januar 2015 in Berlin deutlich. „Ein Zwei-Klassen-Streikrecht, wie es die CSU

jetzt offenbar postulieren will, wäre in dieser ganzen unsäglichen Diskussion noch einmal eine ganz neue 'Qualität' der Grundrechtsbeschneidung und erst recht verfassungswidrig“, warnte Dauderstädt. „Insbesondere in den Bereichen der Daseinsvorsorge haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie sich der hohen Verantwortung bei Arbeitskämpfmaßnahmen in jeder Hinsicht bewusst sind und diese sehr ernst nehmen. Das wird auch in Zukunft und ohne gesetzgeberische Eingriffe in die Tarifautonomie der Fall sein“, betonte der dbb Bundesvorsitzende.
(04/03/15)

Sozial- und Erziehungsdienst: „Wertschätzungstage“ fortgesetzt

(dbb) Mit Veranstaltungen in Brandenburg an der Havel (23. Januar 2015), Aachen (27. Januar) und Saarlouis (28. Januar) wurden die „Wertschätzungstage“ des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften fortgesetzt. Dort diskutierten die Beschäftigten aus dem Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes die von der dbb Bundestarifkommission beschlossenen Eckpunkte für die im Frühjahr 2015 startenden Tarifverhandlungen für verbesserte Beschäftigungsbedingungen.

„Im Leben von jedem Menschen kann es Momente geben, in denen man auf besondere Unterstützung angewiesen ist. Dafür gibt es in Deutschland zum Glück viele Einrichtungen. Wir stellen die Frage, was der Gesellschaft dieses starke Netzwerk wert ist. Denn ohne angemessene Bedingungen für die Beschäftigten vor Ort wird es auf Dauer löchrig werden“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing.

In den bisherigen Gesprächen sei deutlich geworden, dass besonders über eine faire Eingruppierung geredet werden müsse,

um die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst auch finanziell attraktiver zu machen. „Neben diesen grundlegenden Dingen gibt es aber noch viele weitere Themen, die die Beschäftigten bewegen: Da geht es etwa um die Anerkennung von Fortbildungen, längere Erholungsphasen, besseres Gesundheitsmanagement, mehr Zeit für die Vor- und Nachbereitung und – das ist ganz besonders wichtig für die Nachwuchsgewinnung – ein Ende der Befristungen von Stellen“, erklärte Hemsing.

Alle Informationen zu den Tarifverhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienst hat der dbb auf einer Sonderseite

unter dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst gebündelt.
(05/03/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW schlägt parlamentarischen Ausschuss für öffentlichen Dienst vor

(dbb) SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen wollen in diesem Jahr 155 Millionen Euro bei den Stellen im öffentlichen Dienst des Landes sparen. Das teilten die Vorsitzenden der Regierungsfractionen, Norbert Römer (SPD) und Reiner Priggen (Grüne), mit.

Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, ist erstaunt über den Vorstoß, hatte sich doch die Landesregierung zuletzt noch dialogbereit gezeigt. „Hier wird - frei von jeder Sachkenntnis - von Rot/Grün ohne Konzeption und ohne klaren Kompass über den öffentlichen Dienst in NRW geurteilt“, erklärt Staude am 23. Januar 2015. Personalabbau bedeutete nicht zuletzt weniger Unterricht, somit weniger Bildung, weniger Fahndung nach Steuersündern und weniger Sicherheit im öffentlichen Raum. „Eine ergebnisoffene Aufgabenanalyse wäre der erste Schritt, um überhaupt in einen konstruktiven Dialog zu gelangen“, so Staude.

Römer und Priggen hatten angekündigt, dass bei den Beamten die Einsparungen von Jahr zu Jahr um 160 Millionen Euro steigen und bis 2017 auf 700 Millionen Euro wachsen sollen. Dazu der DBB NRW-Vorsitzende: „Statt Ergebnisse einer Dienstrechtsreform zu präsentieren und den öffentlichen Dienst fit für die Zukunft zu machen wird versucht, die Niederlage vor dem Verfassungsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2014 rein finanztechnisch

bis 2017 zu kompensieren.“ Wenn die Regierungsfractionen keine Konzepte vorlegen, sollte ein parlamentarischer Ausschuss für den öffentlichen Dienst in NRW eingerichtet werden, schlug Staude vor. „Damit hätte man endlich eine politische Plattform für ernsthafte Dialoge über den öffentlichen Dienst und seine Aufgaben.“
(06/03/15)

dbb m-v kritisiert beschlossenes Rettungsdienstgesetz

(dbb) Mit dem am 28. Januar 2015 beschlossenen Rettungsdienstgesetz manifestiert das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Kreis-, Polizei-, Gerichtsstrukturreform das weitere Abkoppeln des ländlichen Raums. Das stellte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht nach der Beschlussfassung fest.

Der dbb m-v und seine Mitgliedsverbände BTB und komba beanstanden die Verlängerung der zehnminütigen Hilfsfrist um circa zwei Minuten durch Herausnahme der Disponierungszeit (Anrufannahme bis Alarmauslösung) in der Leitstelle. „Zehn Minuten plus x bedeutet eine Verschlechterung der Notfallversorgung auf dem Land, auf dem es sowieso schon zu wenige Notärzte gibt“, stellte Knecht fest

Angesichts der demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern, wo in ein paar Jahren jeder Dritte über 65 sein wird, sei zudem von einer Erhöhung der Einsatzzahlen auszugehen. „Bereits jetzt werden in einigen Landkreisen in über 50 Prozent der Einsätze die heute geltenden zehn Minuten überschritten, dabei geht es oftmals um Sekunden, die über Leben und Tod entscheiden“, so Knecht.
(07/03/15)

SBB zu Sondierungsgespräch beim sächsischen Justizminister

(dbb) Ein erstes Gespräch des Sächsischen Beamtenbundes SBB mit dem neu ernannten Justizminister der Justiz Sebastian Gemkow hat am 21. Januar 2015 im Sächsischen Justizministerium stattgefunden.

An dem Gedankenaustausch nahmen neben Justizminister Gemkow und dem Landesvorsitzenden des SBB Gerhard Pöschmann weitere führende Vertreter des Justizministeriums sowie der Landesvorsitzende des Verbandes der Sächsischen Rechtspfleger Lars Beyer und der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Sachsen René Selle teil.

Die künftige Zusammenarbeit wurde ebenso besprochen, wie die Ausgestaltung des Personalentwicklungskonzeptes und Fachthemen der Fachgewerkschaften. Gerhard Pöschmann machte klar, dass der SBB großen Verbesse-

rungsbedarf am derzeitigen Entwurf des Personalentwicklungskonzeptes sieht. „Wichtige Aspekte, wie etwa Altersteilzeit, Telearbeitsplätze, flexible Arbeitszeiten für eine besser Verbindung von Familie und Beruf und die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen von Berufseinsteiger, mitten im Berufsleben stehender oder bald in den Ruhestand wechselnder Kolleginnen und Kollegen sind im vorliegenden Entwurf kaum vorhanden“, kritisierte Pöschmann. „Hier sehen wir Nachbesserungsbedarf.“

(08/03/15)

DSTG intensiviert Kontakt mit Sachsens Finanzminister

(dbb) Zu einem ausführlichen Meinungs austausch haben sich am 21. Januar 2015 die DSTG-Landesleitung Sachsen und der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und dbb Vize Thomas Eigenthaler mit dem Finanzminister des Freistaates Sachsen, Georg Unland (CDU), getroffen. Der sächsische Staatsminister ist seit 2008 im Amt und wurde nach der jüngsten Landtagswahl erneut ernannt.

Unland ist auch Vorstandsmitglied der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) und damit eine der Hauptpersonen in der anstehenden Tarifrunde 2015 für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder.

Themen der Unterredung waren unter anderem die Stellenzahl in der Finanzverwaltung Sachsens, strukturelle Besoldungsfragen wie Stellenhebungen und damit verbundene Beförderungsmöglichkeiten, Unterbringungsfragen sowie die Notwendigkeit der Telearbeit. Auch über

Ausbildung und Demografie wurde gesprochen. Die DSTG-Vertreter aus Sachsen und der Bundesvorsitzende wiesen auf die große Lücke zwischen Personalbedarfsberechnung einerseits und Ist-Ausstattung andererseits hin. Die Folgen: hohe Arbeitsbelastung und strukturell bedingte Krankenstände hin. Einig waren sich beide Seiten, dass dem Thema Telearbeit in Zukunft noch mehr Gewicht beizumessen sei.

(09/03/15)

Zollgewerkschaft erwartet von Merkel klares Bekenntnis zum Mindestlohngesetz

(dbb) Der BDZ-Bundesvorsitzende Dieter Dewes hat an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) appelliert, sich uneingeschränkt zum Mindestlohngesetz zu bekennen. Merkel war auf den Kurs des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU eingeschwenkt und hatte Änderungen bei dem zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Gesetz in Aussicht gestellt.

Die Zollgewerkschaft BDZ kritisierte am 23. Januar 2015, dass das Gesetz so nur wenige

Wochen nach seinem Inkrafttreten in unverantwortlicher Weise aufgeweicht werden könn-

te. „Damit stehen auch Arbeitnehmerrechte auf dem Spiel, die durch dieses Gesetz in erster Linie geschützt werden sollen“, sagte Dewes.

Bei einer CDU-Veranstaltung hatte Merkel erklärt, dass eine dauerhafte bürokratische Belastung für Kleinunternehmen vermieden werden sollte. Teile der Union hatten gefordert, die Grenze für die Dokumentationspflicht von 2.958 Euro Bruttoverdienst monatlich auf 1.900 Euro zu senken.

Offenbar sei "Flickschusterei" gewesen, wie Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) den Entwurf des Mindestlohngesetzes und die dazugehörigen Verordnungen im Eiltempo

durchgesetzt habe, erklärte Dewes. Anders sei nicht zu erklären, wenn Teile des Gesetzes anschließend wieder in Frage gestellt würden. Das Anliegen eines garantierten Mindestlohns sei ein Kernstück des Koalitionsvertrags, das nicht nachträglich ausgehöhlt werden dürfe.

Zugleich warnte Dewes vor einer Demotivation der Beschäftigten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Dazu werde es kommen, wenn suggeriert werde, dass der Zoll einen "Bürokratie-Wahnsinn" umsetze. Unnötiger bürokratischer Aufwand entstehe erst, wenn die jetzt geforderten Ausnahmen zugelassen würden, so der BDZ-Vorsitzende.
(10/03/15)

GdS im Meinungsaustausch mit Sachsen-Anhalts Sozialminister Bischoff

(dbb) Die Auswirkungen der jüngsten Gesundheitsreform und die medizinische Versorgung in Zeiten des demografischen Wandels waren zentrale Themen eines Meinungsaustausches zwischen dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Maik Wagner und dem Minister für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt Norbert Bischoff am 19. Januar 2015 in Magdeburg.

Zur Gesundheitsreform merkte Wagner kritisch an, dass der Gesetzgeber mit den am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Regelungen weiter an der Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung festhalte und somit künftige Kostensteigerungen ausschließlich von den Versicherten zu tragen sind. Sozialminister Bischoff sieht in der fehlenden paritätischen Finanzierung ebenfalls einen Rückschritt und sicherte zu, dieses Thema unter seinen Amtskollegen in den Ländern anzusprechen. Wichtig sei ihm, die Finanzlage der Krankenkassen dauerhaft verlässlich zu stärken.

Einig waren sich Wagner und Bischoff darin, dass der demografische Wandel gerade auf die medizinische Versorgung im ländlichen Raum einen massiven Einfluss hat. Weil Gesundheit kein Produkt sei, das man wie eine Online-Bestellung abwickeln könne, sei es wichtig, dass auch die Krankenkassen als Partner der Versicherten vor Ort ansprechbar bleiben. Dabei unterstrich der GdS-Bundesvorsitzende, dass bei allen Zentralisierungsüberlegungen auch an die Belange der Beschäftigten in den Geschäftsstellen gedacht werden müsse.
(11/03/15)

70 Jahre nach dem Holocaust: Demokratie leben und damit schützen

(dbb) Aus Anlass des 70. Jahrestages der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Auschwitz erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann: „Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte besteht die dauerhafte Pflicht, die Erinnerung an die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus wachzuhalten und mit aktivem Handeln zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft zu verbinden. Bildung braucht Menschlichkeit. Es entspricht unserem Selbstverständnis, dass Schule einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Bürgersinn, Zivilcourage und Befähigung zu gesellschaftlicher Teilhabe leistet.“

Die enge Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen in Polen, Israel, Österreich und

innerhalb der Bildungsinternationale EI/ETUCE sei für den Verband Bildung und Erziehung

(VBE) ein wertvoller und unverzichtbarer Austausch von Erfahrungen. „Mitmenschlichkeit, Toleranz und Zivilcourage sind schulische Erziehungsziele, die umso erfolgreicher gelingen, je überzeugender unsere Gesellschaft dadurch geprägt wird“, so Beckmann weiter.

Eine Delegation des VBE unter Leitung des Bundesvorsitzenden nahm am 27. Januar 2015

am internationalen Holocaust-Gedenktag an der offiziellen Gedenkveranstaltung in Auschwitz und im Anschluss an der Holocaust-Gedenk-Konferenz der Bildungsinternationale EI in Krakau teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung in Krakau stand der Erfahrungsaustausch über Bildung und Erziehung 70 Jahre nach dem Holocaust.
(12/03/15)

DPVKOM: Pläne der Deutschen Post unsozial und schäbig

(dbb) „Die Pläne der Deutschen Post, in den kommenden Jahren mehrere Tausend Mitarbeiter zu niedrigeren Löhnen als heute einstellen zu wollen, sind nicht zuletzt angesichts der Milliarden Gewinne des Unternehmens unsozial und schäbig.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, die Ankündigung der Deutschen Post vom 22. Januar 2015, bis zum Jahr 2020 bis zu 10.000 Arbeitsplätze in einer neu gegründeten Gesellschaft namens DHL Delivery GmbH schaffen zu wollen.

Die neuen Mitarbeiter sollen dann nicht mehr nach den Tarifverträgen der Deutschen Post bezahlt werden, sondern zu regional unterschiedlichen tariflichen Bedingungen der Speditions- und Logistikbranche. „Die Deutsche Post unterläuft damit ihre abgeschlossenen Tarifverträge. Wir verurteilen diese Lohndrückerei der Deutschen Post, die sich selbst immer als Arbeitgeber mit hoher sozialer Verantwortung bezeichnet, auf das Schärfste. Zukünftig wer-

den die Mitarbeiter für die gleiche Tätigkeit unterschiedlich bezahlt. Das spaltet die Belegschaft“, so Geyer weiter. Die DPVKOM fordere die Deutsche Post dazu auf, ihre Pläne aufzugeben und die vorhandenen befristeten Beschäftigten ab sofort unbefristet im Unternehmen weiter zu beschäftigen, und zwar zu den bisherigen Entgeltbedingungen.
(13/03/15)

Holzvermarktung – BDF sieht Bedrohung durch Bundeskartellamt

(dbb) Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat das Bundeskartellamt (BKartA) aufgefordert, zu seinen Verhandlungsergebnissen mit dem Land Baden-Württemberg vom vergangenen Herbst zu stehen. Die kartellrechtskonforme Gestaltung der Holzvermarktung sei auf einem guten Weg gewesen, erklärte der BDF am 29. Januar 2015. Der aktuelle Rückzieher der Bundesbehörde sei unverständlich und bedeute die Abkehr von einer gut funktionierenden nachhaltigen Forstwirtschaft, die mehr sei als bloße Holzproduktion.

Das seit über zehn Jahren laufende Kartellrechtsverfahren zur Umorganisation der Holzvermarktung im Landes-, Privat- und Kommunalwald Baden-Württembergs stand Ende letzten Jahres kurz vor einer einvernehmlichen Lösung. Zuvor hatte das BKartA Forderungen auf den Tisch gelegt, die eine völlige Zerschlagung der Forstverwaltung und auch der bewährten Betreuung und Bewirtschaftung durch

private und kommunale Waldeigentümer zur Folge gehabt hätte. Hans Jacobs, Bundesvorsitzender des BDF, erklärte: „Die plötzliche Rolle rückwärts des BKartA ist mehr als unverständlich.“ Lediglich einzelne, angeblich nur wirtschaftliche Funktionen herausgelöst zu betrachten, konterkariere die erfolgreiche nachhaltige Forstwirtschaft in Deutschland.
(14/03/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Vorsitzende des baden-württembergischen Beamtenbundes BBW **Volker Stich** hat Studierenden der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg den Rücken gestärkt, die sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen. In einer Podiumsdiskussion am 21. Januar 2015 mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gewerkschaften, bei der über die Zukunft des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes debattiert wurde, wies Stich auf den Nachwuchsmangel hin, unterstrich die Bedeutung des öffentlichen Dienstes und des Berufsbeamtentums und ging mit der grün-roten Landesregierung ins Gericht. Um den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu machen, müssten die Rahmenbedingungen und die Besoldung stimmen, sagte Stich, der auch dbb Vize ist, und rügte die Absenkung der Eingangsbesoldung. Die Studierenden der Ludwigsburger Verwaltungshochschule befürchten, dass sie – ausgebildet zu Spezialisten für den gehobenen Verwaltungsdienst – den Kürzeren ziehen, wenn sie sich mit Beschäftigten in der Privatwirtschaft vergleichen, die eine entsprechende Hochschulausbildung für ihren Berufszweig absolviert haben.

Eine Diskussion über Tempo 80 auf Landstraßen findet die SPD-Bundestagsabgeordnete und dbb Vize **Kirsten Lüthmann** sinnvoll. Vor dem 53. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar verwies Lüthmann, die verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, in der Zeitung „Die Welt“ (Ausgabe vom 29. Januar 2015) auf den Anlass der Diskussionen: eine problematische Spreizung der Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Landstraßen. Nämlich die Spreizung zwischen Pkw und Lkw. Während Pkw laut Vorschrift „unter den günstigsten Bedingungen“ 100 fahren dürfen, gilt für Lkw ab 3,5 Tonnen generell Tempo 60. „Dieser große Unterschied zwischen Pkw und Lkw ist faktisch ein Anreiz zum Überholen“, sagt die gelernte Polizistin Lüthmann. Überholen aber sei auf Landstraßen besonders riskant. „Die Leute machen sich nicht klar, wie viel Platz sie für einen Überholvorgang tatsächlich brauchen, sondern vertrauen darauf, dass schon niemand um die nächste Kurve kommen wird.“ Um die Anreize für derart gefährliche Überholmanöver zu reduzieren, wäre es nach Ansicht von Lüthmann sinnvoll, „dass auf Land-

straßen möglichst einheitliche Geschwindigkeiten gefahren werden“.

Der dbb Hessen lehnt die Besoldungspläne der Landesregierung weiter ab. Landesvorsitzende **Ute Wiegand-Fleischhacker** sagte dem „Wiesbadener Kurier“ (Ausgabe vom 23. Januar 2015): „Das wollen wir nicht hinnehmen, denn die Beamten haben in den vergangenen Jahren einen ausreichenden Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen geleistet.“ Deshalb lehne der dbb Hessen die Nullrunde für dieses Jahr, die geplante Deckelung der Besoldungserhöhungen in den Folgejahren auf ein Prozent und den Abbau von 1.800 Stellen strikt ab. „Wir halten die Pläne für verfassungswidrig“, sagte Wiegand-Fleischhacker und kündigte „als letztes Mittel“ auch eine mögliche Klage gegen die schwarz-grünen Vorhaben an.

Pläne zur Einrichtung einer Pflegekammer in Schleswig-Holstein sind beim dbb Landesbund auf Kritik gestoßen. Für die Pflegekammer, die unter anderem mit der Berufsaufsicht in den Pflegeberufen betraut werden soll, ist – anders als in den meisten Kammern, die in der Hauptsache Arbeitgeber organisieren – eine Zwangsmitgliedschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgesehen. „Hierdurch entstehen den Pflegekräften, deren Gehälter sich ohnehin nicht in den höheren Regionen bewegen, zusätzliche Kosten, die erst mal verschmerzt werden müssen“, kritisierte die schleswig-holsteinische dbb-Chefin **Anke Schwitzer** am 21. Januar 2015 das Vorhaben der Landesregierung. Schwitzer bezeichnete die Pflegekammer als „unnötige Parallelwelt“ zu bestehenden und bewährten Strukturen: „Die Wahrung von Arbeitnehmerinteressen kann viel effektiver durch versierte Fachgewerkschaften übernommen werden, auch eine Berufsaufsicht erfolgt ebenso fachkundig und engmaschig.“

Mitglieder der Landesleitung des Thüringer Beamtenbundes tbb haben sich am 23. Januar 2015 mit Minister Dieter Lauinger im Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz getroffen. „Die bestehende Beteiligungsvereinbarung zwischen Landesregierung und tbb werden wir intensiv nutzen“, sagte der Minister zu. „Die vielen in den kommenden Monaten und Jahren zu lösenden Aufgaben erfordern eine sehr enge Zusammenarbeit“, betonte der

tbb-Vorsitzende **Helmut Liebermann**. Die Forderung des tbb nach einem ressortübergreifenden Personalentwicklungskonzept habe der Minister „sehr aufgeschlossen“ aufgenommen, so der tbb. Einig seien sich beide Seiten auch darüber gewesen, dass Folgeregelungen nach Abschaffung des einfachen Dienstes in Thüringen seit Beginn des Jahres 2015 geschaffen werden müssen.

Der Berliner dbb-Landeschef **Frank Becker** ist überzeugt, dass die Rückkehr zur bundesweit einheitlichen Beamtenbesoldung und -versorgung der einzige richtige Weg ist, um wieder Gerechtigkeit in der Bezahlung herzustellen und insbesondere in Berlin die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern. „Obwohl das Berliner Parlament eine aus unserer Sicht viel zu langsame Anpassung der Besoldung an das Bundesdurchschnittsniveau beschlossen hat, ist es für den dbb berlin nicht hinnehmbar, dass Bedienstete in Berlin weniger Geld für ihre gute Arbeit bekommen sollen als in anderen Bundesländern“, betonte Becker am 29. Januar 2015 und kündigte eine ver-

stärkte Überzeugungsarbeit auf allen politischen Ebenen an.

In die Debatte um eine mögliche Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer hat sich der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, eingeschaltet. Er kritisierte die Ablehnung niedrigerer Promillegrenzen für Radler durch Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) als grundfalsch. Wendt sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 28. Januar 2015): „Die bisherige Höchstgrenze von 1,6 Promille ist fast 30 Jahre alt und nicht mehr haltbar. Sie sollte auf 1,1 gesenkt werden, und das schnell.“ Neueste Untersuchungen hätten gezeigt, dass ein Radfahrer mit einem Alkoholwert von mehr als 1,1 Promille „eindeutig fahruntüchtig“ sei, erklärte Wendt. „Heute wissen wir: Die Fehlerquote steigt ab 1,1 Promille signifikant an. Wer mit noch mehr Alkohol im Blut auf das Rad steigt, gefährdet sich selbst und andere Verkehrsteilnehmer.“ Wendt zeigte sich optimistisch, dass der Gesetzgeber sich bald zu einer Senkung entschließt.

(15/03/15)